

**Murnau 27. Juni 2022**

**Verkehrspolitisches Absurdistan:  
Ein Jahr baubedingte Vollsperrung, massive  
Natureingriffe und Millionen Kosten um 0-5 Tage  
möglicher Überschwemmung einer Straße im Jahr  
zu vermeiden.**

Diese Unverhältnismäßigkeit war Anlass für die Petition „Gegen Trassenbau an der Staatsstraße 2062 / Murnau – Achrain“ an den Bayrischen Landtag.

Den Ursprung hat das Thema in einer schlichten Forderung: Den Bau eines einfachen Radwegs von Murnau nach Schwaiganger, der die Verhältnismäßigkeit der Ausgaben und die Auswirkungen auf das Klima im Auge haben sollte.

In der Petitionsverhandlung am 21. Juni 2022, ging es im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr um die sogenannte „Hochwasser Freilegung der Staatstraße Achrain“ bei Murnau.

Bereits 2019 hatten die Murnauer Grünen eine Erste Hilfe-Maßnahme an dieser Stelle für den Radverkehr gefordert. Eine Fahrraddemo brachte öffentliches Interesse für dieses, für Radfahrende gefährliche Teilstück von ca. 580 m. In der Folge wurde immerhin die Geschwindigkeit von 100 auf 70 km/h begrenzt. Den geforderten und Jahre zuvor beschlossenen Radweg kann es, nach Angaben des Staatlichen Bauamts in Weilheim, aber nur im „Doppelpack“ mit der sogenannten Hochwasserfreilegung der Staatsstraße 2062 geben. So sieht es der Planfeststellungsbeschluss vor.

Das natürlicherweise an- und abschwellende Niedermoor überschwemmt fast jedes Jahr an sehr wenigen Tagen, in der Regel durchschnittlich nicht mehr als fünf Tagen, die Staatsstraße, so dass diese nicht befahrbar ist. Bei Überschwemmungen in diesem Streckenabschnitt sind keine Gebäude betroffen. Abhilfe schaffen soll nun eine 2,75 m hohe und 22 m breite Trasse. Laut Plan sollen dafür "Betonstopfröhren" tief ins Moos eingebracht und geschätzt 3000 m<sup>3</sup> wertvoller Moorboden entsorgt werden.



Im Rahmen der Petitionsverhandlung kam die Überdimensionierung sowie die völlige Unverhältnismäßigkeit von einem Jahr Vollsperrung während der Bauzeit im Verhältnis zum späterem Nutzen erneut zur Sprache. Ebenso die zwingende, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Erderhitzung und das Biotopsterben nicht weiter anzutreiben.

Jedes Vorhaben muss heute den Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzabkommens und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2021 gerecht werden. Die Überbauung und Zerschneidung von FFH-Gebieten für wenige Tage Verkehrseinschränkung im Jahr tut das nicht.

Zur Abstimmung beantragte die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, eine Ortsbegehung.

Bedauerlicherweise konnten sich Vernunft und Verantwortung für eine ökologische Politik nicht durchsetzen. Die Regierungsmehrheit aus CSU, FW und FDP stimmte fraktionstreu dagegen. Obwohl die Ursprünge dieser Straßenplanung Jahrzehnte zurückliegen, wurde nicht an der Aktualität des abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens gezweifelt. Die Belehrung, alle Bürger\*innen hätte die Freiheit gehabt, individuell gegen die Behörde oder die Regierung ein Klageverfahren anzustreben, bezeichnet Petentin Cornelia Groß, als zynisch. Die Petition wurde abgelehnt.

Von Seiten der Landesregierung ist in Bayern nach wie vor weder Klimaschutz noch enkeltaugliche Politik zu erwarten. Von einem tiefgreifenden Umdenken ist sie meilenweit entfernt.

Das Thema Baukosten, die die Steuerzahler\*innen werden tragen müssen, wurde in der Petitionsverhandlung nicht angesprochen. Gegenüber der Ursprungsplanung sind die angekündigten Baukosten von 2 -3 Mio Euro bereits jetzt auf 7 – 8 Mio Euro gestiegen. Weitere unangenehme Überraschungen sind hier zu erwarten.

Cornelia Osten-Groß, Petentin

Veronika Jones-Gilch, Kreisrätin und Gemeinderätin Marktgemeinderat Murnau

Birgit Hammer, Sprecherin OV Murnau & Umgebung

Petra Daisenberger, Kreisrätin, Sprecherin OV Murnau & Umgebung